

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 866 846 pbbn d

## Inhalt

Norbert Wieczorek MdB  
zieht Schlußfolgerungen aus  
der internationalen Wäh-  
rungsentwicklung: Ein EG-  
Gegengewicht zum Dollar-  
Schaffen.

Seite 1

Prof. Dr. Horst Ehmke MdB  
fordert die Bundesregierung  
auf, sich in der Sicherheits-  
politik von den deutschen  
Interessen leiten zu lassen:  
Den ABM-Vertrag retten.

Seite 4

Heinz Oskar Vetter MdEP  
zum Bemühen um ein ein-  
heitliches europäisches Bi-  
lanzrecht: Klein- und Mittel-  
betriebe kaum betroffen.

Seite 5

42. Jahrgang / 28

10. Februar 1987

### Ein EG-Gegengewicht zum Dollar schaffen

Schlußfolgerungen aus der internationalen Währungsentwicklung

Von Norbert Wieczorek MdB

Nachdem sich der Nebel des Wahlkampfes lichtet, dämmern lang-  
sam die Realitäten durch. Die Meldung über die Auftragseingänge  
sind - wie vor der Wahl - negativ, aber plötzlich werden sie auch von  
der Öffentlichkeit eher zur Kenntnis genommen. Der Schuldige  
ist dabei schnell gefunden, es sind die USA, die den US-Dollar her-  
unter geredet haben und so deutsche Exporte erschweren.

Abgesehen von der Überschätzung der Wirkung bloßer Redensar-  
ten greift diese Erklärung wohl doch ein bißchen kurz.

Erinnern wir uns: Bis zum Herbst 1979 war der US-Dollar bereits  
einmal im freien Fall bis auf circa DM 1,70 gefallen. Schuldige  
waren damals eine - aus der Sicht mancher Europäer - schwache  
US-Administration unter Carter und die weitweite Devisenspekula-  
tion. Beide Faktoren haben ohne Zweifel Einfluß gehabt, über-  
sehen wurde aber, daß es damals einen Überfluß an US-Dollars  
sowohl in den USA selbst gab, die zur Anlage ins Ausland drangen,  
als auch die von ihnen nicht in den USA unmittelbar verwendungs-  
fähigen US-Dollareinnahmen der OPEC-Länder. Beide Dollarquellen  
flossen auf den internationalen Markt, die Euro-Märkte explodier-  
ten und das fälschlicherweise hochgepriesene Recycling - sprich  
die Überschuldung der Schwellenländer - nahmen seinen Lauf.

Es war jedoch ein Akt bewußter Währungspolitik der USA, der  
diesen Trend umkehrte, zunächst mit gezielten Interventionen  
an den Devisenmärkten und mit der Auflage der Charta-Anleihen,  
aber letztlich mit einer strafferen Geldpolitik der Federal Reserve  
Bank, die eine Rezession einleitete.

Die Verknappung der US-Geldmärkte führte relativ rasch zu Ent-  
zugerscheinungen, -amerikanische Banken - vor allem die großen  
Regionalbanken - zogen sich ab Anfang der 80er Jahre zunehmend  
von den internationalen Märkten zurück; die nicht im US-Dollar-  
raum ansässigen Banken benötigten plötzlich US-Dollar für die Re-

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vervielfacher Original  
mit wertvollem Rohstoff  
Kopierpapier



finanzierung der Schuldendienste, die ihre Gläubiger in den Schwellenländern nicht mehr leisteten und die aufgrund der zweiten Ölpreistrunde angewachsenen US-Dollarkosten der Ölimporte mußten ebenfalls finanziert werden. Der US-Dollar stieg und die über die riesigen Haushaltsdefizite angeheizte US-Konjunktur sog - bei hohen Zinsen - zusätzlich Auslandskapital im US-Dollarraum an. Der US-Dollar stieg in der Spitze wieder über DM 3,40, also um 100 Prozent gegenüber 1979. Trotz der Versuche, etwa der Bundesbank, 1980/1981, die DM zu stabilisieren, was bei uns zum Konjunkturtief - und damit auch zum Sturz der Regierung Schmidt - wesentlich beitrug.

In dieser Situation gab es eine Reihe von Stimmen, die vor dem Wechselkursabenteuer der Bundesbank warnten: vergeblich. Es gab ebenso Stimmen, die warnten, daß dieser Dollaraufschwung nicht auf ewig sein werde, auch wenn er nach dem Ende der vergeblichen Bemühung der Bundesbank, einen Exportaufschwung mit sich brachte. Japan, das eine andere Politik als die Bundesbank verfolgte, hatte schon eineinhalb Jahre früher zu Lasten (vergleiche Marktanteil auf dem deutschen Automobilmarkt) diesen Exportaufschwung erlebt.

Die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik folgte der Aussitzen-Maxime des Kanzlers; statt strukturelle Anpassung wurde wie am Roulett-Tisch der Meinung gehuldigt, das Spiel könne ewig weitergehen. Jetzt ist aber das Spiel zu Ende und keineswegs plötzlich.

Geschehen ist nichts anderes, als daß sich die sogenannten Fundamentals, die realen Wirtschaftsfaktoren, wieder durchsetzen.

Die USA haben ihren Aufschwung auf Pump gegründet, sie haben dabei aber ihre Wirtschaftsstruktur schwer beschädigt. Im Rausch von Papierprofiten an der Börse - dem gegenwärtigen Tummelplatz der Spekulation - und dem Glauben an die Service-Gesellschaft, sind ihre industriellen Sektoren langsam aber sicher in vielen Bereichen sowohl bei den Produkten, wie bei den Produktionsanlagen nicht mehr konkurrenzfähig geblieben. Die Landwirtschaft stöhnt unter den Fixkosten einer hohen Verschuldung und des Subventionswettbewerbs auf den Weltagarmärkten.

Die Folgen waren seit 1984 spürbar und wie jetzt bei uns werden zunächst die Wechselkurse als eigentliches Übel ausgemacht. Seit dem Frühjahr 1985 gab es keine Wirtschaftskonferenz in den USA, bei der nicht der zu hohe US-Dollarkurs beklagt wurde und eine Abweitung des Dollars und/oder zugleich Protektionismus gefordert wurde. Die Plaza-Vereinbarung der sogenannten G 5 vom September 1985 schien hierfür zunächst ein vernünftiges Vereinbarungsgerüst zu bieten - und half zugleich den Protektionismus relativ in Form zu halten.

Aber nachdem sich keine Erfolge an der Exportfront der USA zeigten, sind jetzt die Dämme gerissen. Der US-Dollar ist weiter gefallen und die Rekorddefizite im Außenhandel der USA nähren nicht nur bei den neuen Mehrheiten im Kongreß den Protektionismus, der wohl von der im Abgang befindlichen Reagan-Regierung nur noch gebremst, aber nicht mehr verhindert werden kann.

Eine verantwortliche Politik hätte diesen Ablauf erkennen können, aber in der Gemeinsamkeit von Bundesbank und Bundesregierung wurden die schon fast krampfhaften Versuche des US-Finanzministers Baker, Ordnung in das Weltwährungsgefüge zu bringen - Tokio-Verhandlungen 1986, Versuche Target-Zonen zu bestimmen - abgelehnt.

Dabei ist noch nicht einmal sicher, ob der Kurs jetzt bei DM 1,70 bis 1,90 bleibt. Die ungehinderte Geldmengenvermehrung in den USA, die wieder wachsenden Auslands-US-Dollar-Märkte, der geringere US-Dollar-Finanzierungsbedarf für Ölimporte lassen Unsicherheiten weiter bestehen.

Doch was geschieht dagegen? Zunächst der wohlfeile - auch grundsätzlich richtige - Rat an die US-Regierung, ihren Haushalt in Ordnung zu bringen. Doch das hilft wenig, wenn man nicht den Mut hat zu sagen: Steuererhöhung bei den wohlhabenderen Einkommensgruppen in den USA, um der

Schwäche der privaten Sparneigung dort entgegenzuwirken. Eine Kürzung der Ausgaben - insbesondere der Sozialausgaben hätte nämlich vor allem konjunkturdämpfende Effekte. Die Kürzung der Verteidigungsausgaben wird zwar kommen, aber wegen des riesigen Bestellüberhangs nur langsam und letzten Endes in Abhängigkeit von Abrüstungsverhandlungen, deren Aussichten nur sehr bedingt erfolgverheißend sind - zumindest in den letzten eineinhalb Jahren der Reagan-Regierung.

Eine verantwortliche Politik in der Bundesrepublik muß daher Zuhause beginnen.

- a) Es gilt, zuallererst die verschlafene Zeit zur Reaktivierung der Binnenkonjunktur so weit wie möglich gutzumachen. Indem gezielt Beschäftigungspolitik mit binnenwirtschaftlichen Programmen a la „Arbeit und Umwelt“ gefahren wird. Die Steuersenkungsprogramme für die Reichen dagegen werden keine Stützung der Binnenkonjunktur bringen, sondern höchstens eine leichtere Finanzierung der Rekordauslandsanlagen der Deutschen, zum Beispiel bei der Finanzierung weiterer US-Defizite.
- b) Es gilt, gemeinsam Ankerbelungsprogramme in der EG voranzutreiben, damit nicht auch der EG-Export noch mehr ins Wanken kommt.
- c) Es gilt, einen Handelskrieg mit den USA zu vermeiden, in dem endlich die sinnlose Produktions- und Exportpolitik der EG im Agrarsektor überwunden wird. Die Reduzierung der EG-Oberschüsse würde nicht nur Geld sparen, sondern den Amerikanern Gelegenheit geben, einen Teil ihrer traditionellen Agrarexportmärkte wieder zu bedienen und damit würde ein wesentlicher Faktor für den Protektionismus in den USA entschärft.
- d) Es gilt, währungspolitische Zeichen zu setzen, das heißt die Fortentwicklung des ECU und des EWS sind dringend notwendig.

Zum letzteren ein paar Bemerkungen: Die schon fast babylonische Gefangenschaft der deutschen Wirtschaftspolitik von den USA kann nur dann eingeschränkt werden, wenn es gelingt, im Rahmen der EG ein währungspolitisches Gegengewicht gegen die Dominanz des US-Dollar als Reservewährung zu schaffen. Diese Rolle kann die DM auf der vergleichsweise schmalen Basis der Wirtschaft der Bundesrepublik allein nicht ernsthaft spielen. Ein EWS, das letztlich nur eine freundliche Bezeichnung für eine DM-Zone ist, ist zu wenig. Es führt auch immer nur zu neuen von außen - Tausch US-Dollar in DM - verursachten Störungen im System selbst, wie im Januar gerade wieder erlebt. Das EWS muß daher zu einer tatsächlichen Währungsunion - natürlicherweise mit einem starken deutschen Gewicht auf der Basis der deutschen Wirtschaft und der deutschen Devisenreserven - ausgebaut werden, denn nur so kann der ECU als Reservewährung eine neue Rolle spielen. Dazu gehört auch, daß der ECU als Transaktionsmittel international verwendungsfähig und damit reservefähiger wird; es sind hier immer noch die Bundesregierung und die Bundesländer, die dem ECU die Möglichkeit, diese Rolle zu spielen, verweigern, indem sie normale Kontenführung und Kreditbeziehung in ECU behindern.

Auf der Basis einer solchen erweiterten EWS wären auch tatsächliche Binnenmarktverhältnisse herzustellen, die zum Beispiel auch die Abhängigkeit der EG von protektionistischen Drohungen mildern könnten. Ein solches EWS böte aber zugleich eine Basis für eine Reform des Weltwährungssystems mit dem Ziel realistischerer und stabilerer - nicht gleich fixer - Wechselkurse als Voraussetzung dafür, daß die Lösung der Probleme der realen Produktions- und Wirtschaftsstrukturen in den USA, den Schwellenländern, aber auch Japan (zum Beispiel Defizite, Binnenversorgung und Infrastruktur), dem RGW, und nicht zuletzt der EG selbst (alte Industriezonen, Südregionen) wieder in den Vordergrund treten könnten und damit wiederum zugleich die Währungsverhältnisse wieder eine solidere Grundlage bekämen - trotz der Spekulation. Die Spekulation wäre zu bekämpfen, aber das wäre dann eine Frage der Einsicht und Aufsicht. /

(-/10.2.1987/va-he/rs)

\* \* \*



Den ABM-Vertrag retten

Bonn muß sich von den deutschen Interessen leiten lassen

Von Professor Dr. Horst Ehmke MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Staatsminister Möllemann hat erklärt, die Bundesregierung rate den USA davon ab, einseitig vom ABM-Vertrag abzurücken. Andernfalls würden die europäischen Partner in der WEU „gemeinsam reagieren“. Als Rezept empfiehlt Möllemann „kooperative Lösungen“, etwa derart, daß beide Seiten „eine bestimmte Zahl zusätzlicher Defensivwaffen zulassen“.

Diese Sprache des Genscher-Stellvertreters im Auswärtigen Amt ist verräterisch. Zu einem Zeitpunkt, zu dem selbst NATO-Generalsekretär Carrington gegen einen drohenden Bruch des ABM-Abkommens bei der US-Administration demarchiert, zu dem die britische Regierung in Washington gegenüber Außenminister Shultz schwerwiegende Bedenken vorbringt, erhebt ein bei uns zuständiger Staatsminister die Stimme, um „abzuraten“ und unter dem Etikett „kooperative Lösungen“ kaum verhüllt zu einem weiteren Drehen an der Rüstungsspirale aufzufordern.

Ist das die neue Linie der FDP, Gorbatschow beim Wort zu nehmen? Immer deutlicher zeichnet sich ab, daß die Partei Genschers umfällt, noch bevor es ihr gelungen ist, einen ihren Wahlkampfversprechen gemäßen Stand zu finden. So rächt es sich nun einmal mehr, daß es die Bundesregierung in ihrer Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik unterlassen hat, die deutschen Interessen konsequent auszuformulieren und gegenüber dem amerikanischen Partner durchzusetzen.

Das besondere deutsche Interesse an der Einhaltung des ABM-Vertrages hatte Kanzler Kohl noch im November vorigen Jahres nach seinem USA-Besuch hervorgehoben. Der Kanzler ist nun aufgerufen, klipp und klar Stellung zu beziehen: Was konkret unternimmt die Bundesregierung gegenüber dem US-Verbündeten, in der NATO, in der WEU zur Wahrung dieses Interesses? Oder will sie sich zum Komplizen bei dem Versuch machen lassen, den ABM-Vertrag endgültig kaputtzuinterpretieren? Die wahren außenpolitischen Absichten der neuen Bundesregierung werden sich daran messen lassen müssen.

(-/10.2.1987/vo-ha/rs)

\* \* \*

**Klein- und Mittelbetriebe kaum betroffen**

**Rechnungs- und Offenlegungspflicht auch für GmbH & Co. KG**

Von Heinz Oskar Vetter MdEP

Am vergangenen Freitag folgte der Rechtsausschuß des Europäischen Parlaments meiner Empfehlung als Berichterstatter und verabschiedete einstimmig eine Entschließung zum Richtlinienentwurf der Kommission, mit dem ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einem einheitlichen europäischen Bilanzrecht getan wird, zu dem mit der 4., 7. und 8. Richtlinie bereits wichtige Voraussetzungen geschaffen worden sind.

Der jetzige Richtlinienentwurf soll dazu dienen, eine Lücke im Anwendungsbereich der 4. Richtlinie vom 25. Juli 1978 über den Jahresabschluß und der 7. Richtlinie vom 13. Juni 1983 über den konsolidierten Abschluß zu schließen, indem die Bestimmungen dieser beiden Richtlinien auf Offene Handelsgesellschaften (OHG) und Kommanditgesellschaften (KG) dann angewandt werden sollen, wenn deren alleinige unbeschränkt haftende Gesellschafter Kapitalgesellschaften, also Aktiengesellschaften (AG) oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH), sind.

Bei der Umsetzung der 4. und 7. Richtlinie in nationales Recht wurden nämlich zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland Gesellschaften dieser Rechtsformen (GmbH & Co. KG) von den Rechnungslegungs- und Offenlegungspflichten ausgenommen.

Die Verpflichtung zur Aufstellung von Jahresabschlüssen und deren Offenlegung gründet sich vor allem aber darauf, daß Gesellschaften in der Rechtsform der AG oder der GmbH Dritten gegenüber nur mit ihrem Gesellschaftsvermögen haften. Da dies auch für solche OHG oder KG zutrifft, deren alleinige unbeschränkt haftende Gesellschafter Kapitalgesellschaften sind, müssen diese Richtlinien auch für sie gelten. In seiner Antwort auf eine schriftliche Anfrage vom 10. Januar 1986 des belgischen Europaabgeordneten Fernand Hermann (PSC-EVP), kündigte EG-Kommissar Lord Cockfield bereits an, daß die Kommission Maßnahmen treffen würde, „um zu verhindern, daß die Bestimmungen der Richtlinien über Rechnungsführung durch die Gründung solcher Gesellschaften umgangen werden“.

Der vorliegende Richtlinienentwurf hat bisher nicht nur Zustimmung gefunden, sondern stieß vor allem in der deutschen öffentlichen Diskussion auch auf heftige Kritik. Das wichtigste Argument dieser Kritik besteht in der Behauptung, daß sich der Richtlinienentwurf gegen kleine und mittlere Unternehmen richte, die sich häufig, wie dies beispielsweise in der Bundesrepublik der Fall ist, in der Rechtsform der GmbH & Co. KG gegründet hätten. Auf sie würden enorme Kosten zukommen, wenn sie in die Rechnungs-, Offenlegungs- und Prüfungspflichten der 4. und 7. Richtlinie miteinbezogen würden.

Diese Kritik konnte sich freilich weder in der Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses (WSA) noch in der Stellungnahme des Wirtschaftsausschusses des Europäischen Parlaments durchsetzen, weil ja in beiden Richtlinien Ausnahmebestimmungen für kleine und mittlere Unternehmen vorgesehen sind.

Der WSA verabschiedete auf seiner Plenartagung vom 18. September 1986 mit großer Mehrheit (81 : 18 : 3) eine Stellungnahme, in der der Richtlinienentwurf und die Begründung der Kommission ausdrücklich befürwortet werden.

In seiner Schlußbemerkung stellt der WSA fest, „daß die Klein- und Mittelbetriebe... von dem Richtlinienvorschlag nur insoweit betroffen sein werden, als ihre alleinige unbeschränkt haftenden Gesellschafter die Rechtsform einer Aktiengesellschaft oder einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung haben; allerdings können sie in diesem Fall die in Artikel 11 und 27 der vierten Richtlinie sowie die in Artikel 6 Absatz 1 der siebten Richtlinie vorgesehenen Ausnahmebestimmungen für Klein- und Mittelbetriebe in Anspruch nehmen.“

Am 29. Januar 1987 verabschiedete der Wirtschaftsausschuß des Europäischen Parlamentes mit 21 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und zwei Enthaltungen eine Stellungnahme, die nicht den Schlußfolgerungen ihres Berichterstatters Ingo Friedrich (CSU-EVP), der die Ablehnung des Richtlinienentwurfs forderte, entsprach. Daraufhin legte dieser sein Mandat nieder und sein Fraktionskollege, Fernando Herman, übernahm im Auftrag des Ausschusses die Stellungnahme.

Nachdem der federführende Ausschuß des Europäischen Parlaments, der Rechtsausschuß, die Annahme des Richtlinienentwurfes verabschiedet hat, weil er die Ansicht der Kommission teilt, daß es dem Geist der 4. und 7. Richtlinie widerspräche, wenn OHG und KG, deren alleinige Gesellschafter die Rechtsform einer Kapitalgesellschaft haben, nicht in demselben Umfang wie reine Kapitalgesellschaften zur Rechnungslegung verpflichtet würden, wird das Parlament auf seiner Plenartagung im März über den Bericht entscheiden.

(-/10.2.1987/vo-he/rs)

\* \* \*